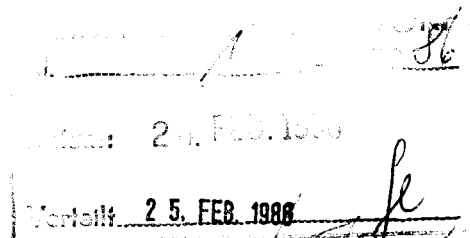


VEREINIGUNG
ÖSTERREICHISCHER
INDUSTRIELLER

An das
Präsidium des Nationalrates

Parlament
1017 WIEN



1986 02 20

Dr.Tri/Hab-27

27. 10. 88

Betr.: Entwurf eines Bundesgesetzes, mit dem die Überlassung
von Arbeitskräften geregelt sowie das Arbeitsmarkt-
förderungs-gesetz und das Arbeitsverfassungsgesetz ge-
ändert wird (Arbeitskräfteüberlassungsgesetz - AÜG)

In der Beilage übermitteln wir Ihnen 25 Exemplare unserer
Stellungnahme zum obigen Gesetzentwurf.

VEREINIGUNG ÖSTERREICHISCHER INDUSTRIELLER

Dr. Stummvoll

Dr. Tritremmel

Beilagen

VEREINIGUNG
ÖSTERREICHISCHER
INDUSTRIELLER

Bundesministerium
für soziale Verwaltung

Stubenring 1
1010 WIEN

1986 02 18
Dr.Tri/Hab-26

Z1.34.401/5-2/85

Betr.: Entwurf eines Bundesgesetzes, mit dem die Überlassung von Arbeitskräften geregelt sowie das Arbeitsmarktförderungsgesetz und das Arbeitsverfassungsgesetz geändert wird (Arbeitskräfteüberlassungsgesetz - AÜG)

Wir danken für die Übermittlung obigen Entwurfes und erlauben uns, hiezu wie folgt Stellung zu nehmen:

Die Vereinigung Österreichischer Industrieller sieht es grundsätzlich als wichtigen Erkenntnisschritt an, daß das Bundesministerium für soziale Verwaltung nunmehr von einer Verbotsregelung abgegangen ist. De facto aber ist dieser Entwurf mit so eng gezogenen Ausnahmen und so weitreichenden Einschränkungen und Auflagen versehen, daß bei Gesetzwerdung Auswirkungen, die an eine Verbotsregelung heranreichen, angenommen werden müssen.

Gerade in einer Zeit, in der erhebliche Beschäftigungsprobleme bestehen, sind neue Vorschriften, die negative Auswirkungen auf die Beschäftigung haben können, mit größter Sorgfalt zu prüfen, damit nicht durch überzogene Regelungen bestehende Arbeitsplätze vernichtet und Arbeitskräfte von Arbeitslosigkeit bedroht werden.

Die Vereinigung Österreichischer Industrieller übt daran Kritik, daß das Bundesministerium für soziale Verwaltung trotz der unsererseits, jahrelang bekundeten Bereitschaft, an einer zufriedenstellenden Lösung, die Mißstände vermeidet und die den Schutz der

überlassenen Arbeitskräfte absichert, mitzuwirken, ohne vorherige Gespräche einen Gesetzesentwurf zur Stellungnahme aussendet.

Gleichzeitig finden wir es bedauerlich, daß die Arbeitsmarktverwaltung selbst keine geeigneten Schritte gesetzt hat, um einen Bedarf der Wirtschaft an flexibel einsetzbaren Arbeitskräften für Sonderaufgaben und Zeiten der Spitzenauslastung abdecken zu können.

Wir haben begründete Sorgen, daß durch einen unausgereiften Entwurf die Möglichkeiten der Industrie, kurzfristig zu benötigten Arbeitskräften zu gelangen, um Engpässe überbrücken zu können, zunichte gemacht werden. Dies würde nicht nur negative Konsequenzen für die in den Unternehmen Beschäftigten, sondern auch für die Wettbewerbsfähigkeit generell haben können.

Der im Vorblatt zu den Erläuterungen angeführten Feststellung, daß die Alternative zu diesem Entwurf das "grundsätzliche Verbot" jeder Überlassungstätigkeit ist, können wir uns nicht anschließen.

Zudem sieht dieser Entwurf Regelungen vor, die die Arbeitskräfte in Überlasserbetrieben besser stellen würde als die übrigen Mitarbeiter in der Wirtschaft. Gleichzeitig wird der Versuch unternommen, neue, dem Arbeitsrecht bisher fremd gewesene Materien wie etwa Günstigkeitsprinzip bei betriebsfremden Arbeitskräften oder das Durchgriffsrecht des Betriebsrates auf fremde Arbeitgeber zu regeln.

Die im Entwurf vorgesehenen Regelungen würden nicht nur zu einer weiteren unzumutbaren Verbürokratisierung führen, sondern neue untragbare Kostenbelastungen für die Unternehmen bringen.

Der Ausnahmekatalog ist ferner zu eng gefaßt, sodaß die ohnehin schon geringe Flexibilität der Unternehmen beim Personaleinsatz auf unerträgliche Weise weiter eingeschränkt würde.

Kritik ist ferner daran zu üben, daß die Aufwendungen für zusätz-

liche Planstellen im Vollzugsbereich der Arbeitsmarktverwaltung und der Arbeitsinspektion nicht angegeben werden.

Es mutet daher kurios an, wenn einerseits festgestellt wird, daß ein genaues Ausmaß nicht abschätzbar ist, es "sich aber gewiß in einem vertretbaren Rahmen bewegen wird". Bei den immer wieder gemachten Feststellungen des Ministeriums, daß die Mitarbeiter der Arbeitsmarktverwaltung bis an die Grenze des Zumutbaren ausgelastet sind, ist anzunehmen, daß neben dem Mehraufwand durch bürokratische Bewilligungs- und Kontrollarbeiten bzw. Strafbescheide in den Landesarbeitsämtern, Arbeitsinspektoraten und Bezirksverwaltungsbehörden sowie im Ministerium ein erheblicher, die Bürokratie ausweitender personeller Zusatzbedarf entsteht.

Bedenken sind weiters daran angebracht, daß anscheinend davon ausgegangen wird, daß die Mißstände die Regel sind und jene Arbeitskräfte, die bei Überlasserbetrieben Beschäftigung suchen, in einem derartigen Abhängigkeitsverhältnis stehen, daß diese nicht in der Lage sind, sich selbst eine andere Tätigkeit bei einem anderen Arbeitgeber zu suchen.

Die unzähligen Begründungen für diesen Entwurf beruhen auf Feststellungen, die in keiner Weise nachvollzogen werden können und daher nicht auf ihre Stichhaltigkeit hin überprüft werden können. Es ist zumindest verwunderlich, wenn das Ministerium seine Überlegungen vor allem auf "zwei von ihm in Auftrag gegebenen Studien" aufbaut, die nunmehr fast ein Jahrzehnt (!) alt sind.

Gleichzeitig ist bekannt, daß das Institut für Höhere Studien ~~soeben~~ eine neue Auftragsuntersuchung bearbeitet, die durch die voreilige Entwurfsaussendung keine Berücksichtigung findet. Damit erhält unsere Forderung nach besonderer Sorgfalt eine besondere Bedeutung. Wir empfehlen daher dringend, vor einer Regelung die tatsächliche, aktuelle Situation zu untersuchen, um relevante Schlußfolgerungen ziehen zu können. Ferner regen wir an, die

Absicht, diese Materie zu regeln, einer Begutachtung durch den Verfassungsdienst des Bundeskanzleramtes zu unterziehen.

Es ist nicht einzusehen, daß dieser Bereich aus der Gewerbeordnung herausgelöst und einer sondergesetzlichen Regelung zugeführt wird. Es ist durchaus diskussionswürdig, im Rahmen der Gewerbeordnung an eine Konzessionierung, falls erforderlich an eine Konzessionsprüfung zu denken, wobei bei Erfüllung der Voraussetzungen ein Rechtsanspruch auf Erteilung der Konzession gegeben sein müßte.

Wir lehnen daher den vorliegenden Entwurf insbesondere wegen fehlender aktueller Grundlagenuntersuchungen, einer weiteren unzumutbaren Verbürokratisierung und Kostenbelastungen, wegen überzogener Rechtsansprüche, wegen ordnungspolitisch bedenklicher Neuregelungen wie etwa ein Durchgriffsrecht des Betriebsrates, der Gefahr des de facto Verbotes durch Zulassungseinschränkungen und Verordnungsfreiräume, den unzureichenden Ausnahmen und den damit verbundenen negativen Auswirkungen für die Wirtschaft und den Arbeitsmarkt mit Nachdruck ab.

Wir wiederholen gleichzeitig unsere Bereitschaft, unverzüglich an Beratungen zu einer ausgewogenen Regelung mitzuwirken. Bei dieser Gelegenheit bestünde auch die Möglichkeit, ausführlich die zum Teil gravierenden Bedenken zu den im Entwurf vorgesehenen Bestimmungen darzulegen.

Unbeschadet unserer grundsätzlich ablehnenden Stellungnahme nehmen wir zu den Regelungsabsichten des vorliegenden Entwurfes wie folgt Stellung:

Artikel I

§ 2 Paragraph 2 ist zu eng und umfaßt insbesondere nicht jene Fälle, die in der Wirtschaft vorkommen können, ohne jedoch mit dem Problem der zu regelnden Überlassung unmittelbar

verbunden zu sein.

Folgende Fälle müßten u. E. ausgenommen werden:

- Die Überlassung zwischen Konzernbetrieben und im Rahmen von Arbeitsgemeinschaften.
- Die Überlassung von Fachkräften gemeinsam mit der Vermietung etwa von Datenverarbeitungs- oder Textverarbeitungsmaschinen, bei denen komplexere Programme nur mit speziellen Kenntnissen bedient werden können.
- Die Überlassung von Kraftfahrzeugen mit Fahrer zur Erledigung von Zustellungen nach Anweisung des Auftraggebers.
- Die Zurverfügungstellung von Personal zur Gestaltung von Werbe- und Informationsständen bzw. Auslagen.
- Die Zurverfügungstellung von Ärzten, Krankenschwestern oder Hilfspersonal, das etwa von überbetrieblichen medizinischen Zentren bzw. zwischen Betrieben bereitgestellt wird.
- Die Bereitstellung von Personal von Betriebsberatungs- oder Steuerberatungsunternehmen.
- Die Durchführung von Montagen, wenn z.B. eine organisatorische Eingliederung in das Unternehmen des Werkbestellers erforderlich ist.

§ 3 Die Erfüllung aller Kriterien wird ebenso abgelehnt wie die Beweislastumkehr. Die Formulierung des "wahren wirtschaftlichen Gehaltes" ist untragbar. Dies gilt auch für diese Definition in den folgenden Bestimmungen.

§ 4 Die Schriftlichkeit des Vertrages insbesondere bei kurzfristigen Beschäftigungen lehnen wir ab. Zudem stellt sich die Frage, ob durch diese Bestimmung nicht für jede neuerliche Überlassung unter geänderten Voraussetzungen

wie z. B. eine andere Branche, ebenfalls ein neuer Vertrag erforderlich wäre.

Die Anwendung des weder für Überlasser noch Beschäftiger administrierbaren Günstigkeitsprinzips, von dem offen ist, wonach die Günstigkeit beurteilt werden soll, wird mit Nachdruck abgelehnt. Die Haftung des Beschäftigers als Bürge wird abgelehnt, da insbesondere nicht einzusehen ist, daß sich Beschäftigertriebe laufend über Ansprüche des Überlassenen gegenüber dem Überlasserbetrieb informieren sollen und eventuelle Zahlungen vom Beschäftiger an den Überlasser dabei unberücksichtigt bleiben.

Die Beschränkung der Haftung des Überlassenen gegenüber dem Beschäftiger lehnen wir ab.

- § 5 Das Verbot der Befristung von Arbeitsverhältnissen lehnen wir ebenso ab wie das Verbot der Konventionalstrafe oder eines Reugeldes bei Vertragsverletzung bzw. die Konkurrenzklausel. Die Höhe des Arbeitsentgeltes könnte bei Realisierung des Günstigkeitsprinzips nicht festgelegt werden. Ebenso ließe sich die Höhe nicht von vornherein bestimmen, wenn in unterschiedlichen Branchen oder Tätigkeiten gearbeitet würde. Die Begrenzung des Beschäftigungsortes innerhalb Österreichs lehnen wir ab.

Wir anerkennen die Informationspflicht vor jeder neuen Beschäftigung, lehnen jedoch die Anwendung betriebsbezogener Normen ebenso ab wie die bürokratische Schriftlichkeit.

Zu klären wäre ferner, ob nicht die Ablehnung der Informationsinhalte durch den Überlassenen und damit verbunden eine Verweigerung des Arbeitsantrittes aus subjektiven Gründen, eine sofortige Auflösung des Beschäftigungsverhältnisses nach sich ziehen müßte.

- § 7 Das Neutralitätsgebot, das für staatliche Behörden im Fall von Streik und Aussperrung zu gelten hat, kann nicht auf private Arbeitgeber ausgedehnt werden.

Da dies einer Parteinahme zugunsten des Arbeitskampfes durch den Gesetzgeber gleichkommt, ist dieser Paragraph zu streichen.

- § 8 Wir halten die Bewilligungsvoraussetzungen in Abs 1 Z 2 und Abs 1 Z 3 gem. Abs 3 und 5 für unausgereift. Insbesondere Abs 5 ist zu unbestimmt und daher untragbar. Eine Orientierung an praktischen Erfordernissen und eine dementsprechende Präzisierung wäre unbedingt erforderlich.

- § 9 Die Bedingung für die Bewilligung "wenn es die Lage und Entwicklung des Arbeitsmarktes zuläßt" ist nicht annehmbar, da in keiner Weise vorherzusehen ist, wonach dieses Kriterium gemessen wird. Ebenso ist die Frage der Beurteilungsinstantz unklar.

Die in Z 2 angeführten Voraussetzungen können wohl erst dann verlangt werden, wenn die Bewilligung erteilt wird. Es wäre nicht vertretbar, vor einer Bewilligung Investitionen durchzuführen, ohne zu wissen, ob tatsächlich eine Bewilligung erteilt wird.

Die Formulierung der finanziellen Grundlage in Z 3 ist ebenso unhaltbar wie die in den hiezu in den Erläuterungen angeführten Sicherheiten. Was sollte etwa "unbelastete Grundstücke von beträchtlichem Wert" bedeuten?

Die Einschränkung auf eine inländische Geschäftsführung oder Kontrolle halten wir für äußerst bedenklich, umsomehr, wenn ein Unternehmen in Form einer Kapitalgesellschaft gegründet wird.

Die Glaubhaftmachung gem. Z. 5 läßt die Frage auftreten, wie dies von vornherein getan werden kann und nach welchen Kriterien die Glaubhaftigkeit geprüft werden kann.

Die Zulässigkeit des Ausschlusses von Antragstellern, die in den letzten 24 Monaten vor Antragstellung Arbeitskräfte "entgegen den Bestimmungen dieses Bundesgesetzes überlassen" haben, halten wir insbesondere für jene Fälle, die den Antrag innerhalb eines Zeitraumes von 24 Monaten ab Geltungsbeginn dieses Gesetzes stellen, für unhaltbar, da vor Geltungsbeginn Überlasser an die Bestimmungen dieses Gesetzes weder gebunden waren noch von den Regelungen Kenntnis haben konnten.

Die Voraussetzung bei juristischen Personen oder Personengesellschaften, den Sitz, die Hauptverwaltung und Hauptniederlassung im Inland haben zu müssen, lehnen wir ebenso ab wie die Bewilligungspflicht für die Errichtung oder Verlegung von Zweigstellen oder Betriebsstätten.

§ 10 Die Befristung der Bewilligung ist bei realistischer Betrachtung der erforderlichen Investitionen zur Aufnahme des Betriebes und insbesondere der in § 9 formulierten Auflagen nicht akzeptabel. Da gem. § 12 jederzeitige Widerrufsmöglichkeiten bestehen, wäre eine unbefristete Geltungsdauer erforderlich. An den Erläuterungen ist ebenso wie bei § 9 Kritik zur Beurteilung der Lage und Entwicklung des Arbeitsmarktes bei Verlängerung zu üben.

§ 11 Absatz 1 Z 2 ist zu streichen, da die Errichtung eines Betriebsrates Angelegenheit der Arbeitnehmer ist und der Arbeitgeber in keiner Weise auf die Errichtung Einfluß nehmen kann.

In Abs 2 sind die nicht genau definierten Begriffe der "Lage und Entwicklung des Arbeitsmarktes" und "wichtige

öffentliche oder gesamtwirtschaftliche Interessen" ebenso zu streichen wie die Auflage zur "Durchführung und Unterstützung von Maßnahmen arbeitsmarktpolitischer oder berufsfördernder Art".

§ 12 Statt "ist zu widerrufen" sollte es "kann widerrufen werden" lauten.

In Abs 1 Z 2 sollte es statt "Verpflichtungen gegenüber einer Arbeitskraft" lauten: "Verpflichtungen gegenüber Arbeitskräften".

Wir lehnen ferner das freie Ermessen beim Widerruf ab.

Konsequenterweise muß die sofortige Vertragsauflösung bei Widerruf auch den Überlassern eingeräumt werden.

§ 13 In der grundsätzlichen Stellungnahme haben wir bereits die Herauslösung aus der Gewerbeordnung abgelehnt.

§ 15 Die Anzeigepflicht wird abgelehnt, da dies eine unnötige, unzumutbare Verbürokratisierung darstellt.

§ 15 ist zu streichen.

§ 16 Die Aufzeichnungspflicht ist zu weitgehend.

§ 17 Die Parteistellung des Landesarbeitsamtes erscheint verfassungsrechtlich bedenklich.

§ 20 Wir lehnen die Verordnungsermächtigung mit Nachdruck ab. Die Verordnungsermächtigung würde auf kaltem Wege die Realisierung des totalen Verbotes ermöglichen und würde dem von der Arbeitnehmerseite überlegten Zweistufenplan, zunächst drastische Einschränkung, gefolgt vom Verbot, entsprechen. Indiz dafür ist auch der Hinweis in den

Erläuterungen, daß bei keiner "Besserung der Situation" auch die dauernde Geltung der Verordnung möglich ist.

§ 21 Die Beschäftigung von ausländischen Arbeitskräften in Österreich ist bereits im Ausländerbeschäftigungsgesetz geregelt. Eine Regelung für Überlassungen von Arbeitskräften von Österreich in das Ausland ist nicht einzusehen.

Paragraph 21 ist daher zu streichen.

§ 22 Im Sinne der bei den einzelnen Regelungen angeführten Meinung sind entsprechende Streichungen bei den Tatbeständen vorzunehmen. Dies trifft insbesondere auf Abs 1 Z. 3, 4 und 7 zu. Die Strafsätze sind weder angemessen noch zumutbar und daher an andere vergleichbare gesetzliche Strafbestimmungen anzugleichen.

Artikel II

Es gelten die bereits angeführten Bedenken, insbesondere zur Überlassung von Arbeitskräften von Österreich in das Ausland oder zur Strafhöhe.

Artikel III

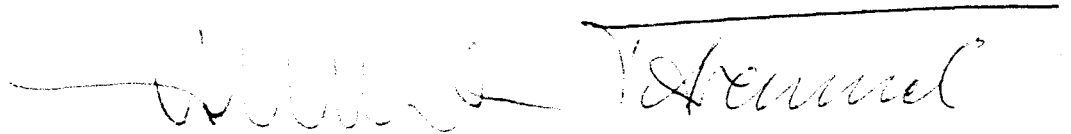
Das Durchgriffsrecht von Betriebsräten aus Beschäftigterbetrieben an Arbeitgeber in Überlasserbetrieben lehnen wir mit Nachdruck ab. Dies gilt auch für die beabsichtigten Regelungen im § 97 und § 99 ArbVG.

Artikel IV

Alle Unternehmen, die derzeit das Gewerbe ausüben, müßten einen Rechtsanspruch auf Bewilligungserteilung haben. Die Dienstverhältnisse müßten bei Ablehnung oder Widerruf sofort aufgelöst werden können.

Wunschgemäß teilen wir Ihnen mit, daß wir 25 Ausfertigungen dieser Stellungnahme zum Gesetzesentwurf dem Präsidium des Nationalrates übermittelt haben.

VEREINIGUNG ÖSTERREICHISCHER INDUSTRIELLER

The image shows two handwritten signatures in dark ink. The signature on the left is 'Stummvoll' and the one on the right is 'Tritremmel'. Both are written in a cursive, somewhat stylized script.

Dr. Stummvoll

Dr. Tritremmel